

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Preis: Frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 14690
Sprechstunden: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Einzelpreis: Die Nummer gebundene Monatszeitschrift oder deren Raum 0,30 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Arbeitslose einschließlich an den dreißigtägigen Teil einer Zeitung 1,50 RM, Einzelnummern wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Bäckerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 16. Oktober 1929

Nummer 242

Die KPD zum „Volksbegehren“ der Reaktion

Das Zentralkomitee der KPD erläßt anlässlich des Beginns der Einzeichnungen zum Volksbegehren der bürgerlichen Rechtsparteien folgende Erklärung:

Die Stellungnahme der Kommunistischen Partei zur Reparationsfrage und zum Youngplan ist durch die Beschlüsse des 12. Parteitag festgelegt. Die Hauptzüge der politischen Resolution des Parteitags, die den bolschewistischen Standpunkt zur Reparationsfrage formulieren, lauten folgendermaßen:

„Die Reparationsfrage ist vor allem Resultat und Hebel der imperialistischen Konflikte, Werkzeug des imperialistischen Kriegsaufmarsches gegen die Sowjetunion.“

Die Reparationsfrage bedeutet die doppelte Belastung des deutschen Proletariats durch das internationale Finanzkapital und durch die eigene Bourgeoisie. Sie bildet eine der wesentlichsten Ursachen für den verschärften Massenkampf, für die unvermeidliche Entstehung einer revolutionären Situation in Deutschland.

Die Neuregelung der Reparationsfrage führt zur außerordentlichen Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. Die Bourgeoisie, die alle Reparationslasten auf die Arbeiterklasse abwälzt und die koloniale Verschuldung durch die möglichste Steigerung der inneren Akkumulation wettmachen will, wendet verschärfte Methoden der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen an. Die dadurch entlassenen sozialen Erschütterungen führen zur revolutionären Krise. Angesichts der doppelten Belastung des deutschen Proletariats durch das einheimische und ausländische Kapital wird die revolutionäre Zuspitzung des Klassenkampfes beschleunigt. Die Partei lehnt alle sozialimperialistischen Lösungen, Rüstungsfreiheit, Kolonialmandate, Reparation der Ostgrenze, Anschluß Österreichs an das imperialistische Deutschland usw. ab. Die Kommunistische Partei kämpft für die revolutionäre Lösung der Reparationsfrage, die vollständige Schuldenannullierung und die Liquidierung des Versailler Vertrages durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie, die Errichtung eines sozialistischen Sowjetdeutschlands und das Bündnis mit der Sowjetunion.“

Diese politische Stellungnahme zeigt den einzig möglichen Weg, der die Arbeitenden Deutschlands zur Befreiung vom Joch des internationalen Finanzkapitals führt.

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die im Interesse des Proletariats den rücksichtslosesten, konsequenten Kampf gegen die inländischen wie ausländischen Kapitalisten und ihre Helfershelfer führt.

Die kommunistische Partei hat keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Youngplan ebenso wie den Dawesplan als ein erpresserisches Diktat des internationalen Kapitals, als einen Raubvertrag bekämpft, unter dessen Wägen die werktätigen Massen immer tiefer in Not, Hunger und Armut hineingezogen werden. Die kommunistische Partei rief und ruft das gesamte werktätige Volk zum Kampf gegen den Youngplan auf. Sie weist die Arbeiterklasse zugleich darauf hin, daß die Zerreißung des Youngplanes, die Abschüttelung der erdrückenden Reparationslasten nur möglich ist, wenn das Proletariat seine revolutionären Angriffe gegen die eigene Bourgeoisie, die Faschisten und Sozialfaschisten im eigenen Lande richtet.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien, allen voran die deutsche Sozialdemokratie, haben die werktätigen Massen im Interesse des Profits der bürgerlichen Bourgeoisie an das ausländische Kapital verkauft.

Der bürgerlich-sozialdemokratische Regierungsbund liefert Millionen Arbeiter, Kleinbauern und werktätige Mittelschichten dem tiefsten Elend aus.

um auf ihrem Rücken ein gewinnbringendes Schachergelächter mit den amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Imperialisten abzuschließen.

Der Youngplan dient zugleich der Bildung einer imperialistischen Einheitsfront gegen die Sowjetunion, der Vorbereitung eines mördertischen Interventionskrieges gegen den einzigen sozialistischen Arbeiterstaat der Welt.

Die bürgerlichen Rechtsparteien, Deutschnationale, Landbund, Stahlhelm, Deutschnationale, Nationalsozialisten usw. treiben unter der Flagge der „nationalen Opposition“ eine demagogische Betrugspropaganda.

Die betrügerische Agitation der faschistischen Rechtsparteien für das Volksbegehren dient nur dem Zweck der Ablenkung vom wirklichen Kampf gegen den Youngplan, der Abschaffung des Widerstandes gegen die Ausbeutung im eigenen Lande. Die Deutschnationalen haben dem räuberischen Dawesplan zugestimmt. Der deutsche nationale Abgeordnete **Ridner** hat während der Pariser und Haager Konferenz mit französischen Regierungsvertretern über den Abschluß eines deutsch-französischen Militärverbündnisses gegen die Sowjetunion und die gleichzeitige Erfüllung des Youngplanes verhandelt. In den Fingern der Nationalsozialisten steht das Begehrensgeld von italienischen und französischen Imperialisten.

Das Volksbegehren der bürgerlichen Rechtsparteien, das den Youngplan nicht verhindern kann, dient nur der Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die Massen sollen mit nationalistischen Phrasen umnebelt werden, damit sie nicht gegen das Trutzkapital kämpfen, damit sie nicht streiken, damit sie nicht für ihre revolutionären Interessen aufmarschieren, damit sie nicht bessere Lebensbedingungen erobern.

Die kommunistische Partei steht beiden Lagern der bürgerlichen Reaktion mit gleicher Todesfeindschaft gegenüber.

Die werktätigen Massen Deutschlands können sich ihre politische und soziale Freiheit nur im unerbittlichsten Kampf sowohl gegen den sozialfaschistischen Koalitionsbund wie gegen den faschistischen Rechtsbund erobern. Sie können ihre Ketten nur zerbrechen, wenn sie die bestehende bürgerliche Staatsmacht kürzen und ihre eigene proletarische Diktatur aufrichten. Die Reparationsfrage kann nur durch die gemessene bolschewistische Aufhebung aller Ausplünderungsverträge, nur durch die proletarische Revolution gelöst werden.

Jede Unterschrift unter das Volksbegehren des faschistischen Blochs ist eine Stimme für die Verflachung der deutschen Arbeiter, Kleinbauern und Mittelschichten.

Die Lösung der Kommunisten zum Volksbegehren der Reaktion kann nur lauten:

Keine Unterschrift, keine Stimme für diesen frechen Volksbetrug!

Die kommunistische Partei weist die arbeitenden Massen auf das leuchtende Beispiel des russischen Proletariats hin, das unmittelbar nach dem siegreichen Oktoberaufstand 1917 30 Milliarden Schulden an das Auslandskapital für nichtig erklärte und keinen Pfennig Entschädigung gezahlt hat.

Als die einzige Vertreterin der kämpfenden Arbeiterklasse ruft die kommunistische Partei Deutschlands in brüderlicher Solidarität mit den Kommunisten aller Länder die werktätigen Volksmassen auf, sich zum Kampf für das einzig befreiende, proletarische Programm zur Reparationsfrage zu erheben:

Die vollständige Schuldenannullierung und Liquidierung des Versailler Vertrags durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie, die Errichtung eines sozialistischen Sowjetdeutschlands und das Bündnis mit der Sowjetunion.

Nieder mit der Koalitionsregierung! Nieder mit der verräterischen Sozialdemokratie! Zerschmetzert das faschistische, chauvinistische Gesindel! Kämpft dem räuberischen Youngplan! Kämpft dem betrügerischen Volksbegehren! Kämpft für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft!

Das ist der Weg, der uns frei macht!

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schweres Explosionsunglück in Frankreich

In Paris. In der Kraftwagenfabrik von Talbot in einem Pariser Vorort ereignete sich am Dienstagmorgen eine schwere Explosion. Gegen 9 Uhr kurz vor unter leuchtendem Wetter das große Siedereisgebäude zusammen. Bisher wurden vier Tote und 7 Verletzte geborgen. An der Unglücksstelle haben sich große Menschenmengen eingefunden. Frauen und Kinder der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter umlagern den Unglücksort und warten auf Nachrichten über ihre Angehörigen. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts Genaueres bekannt.

Angst vor der Abrechnung

Von Rudolf Renner

Die gestern festgestellte Vorstandswahl des Sächsischen Landtages hat im Zeichen der Angst der Parteien vor den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen vor der Abrechnung der Massen. Angstlich bemühte man sich, die politischen Auseinandersetzungen so weit wie möglich zu verdrängen. Die Landtags-Vorstandswahl leitete die Tagesordnung der ersten Sitzung des Landtages am 22. Oktober Mt. Von dem Vertreter der kommunistischen Partei wurde die Behandlung ihrer Entwürfe über die Erwerbslosenunterstützung, die Sozialpolitik und die Vermehrung der Haussteuer zum Wohnungsbau beantragt. Ganz selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion bei der Behandlung dieser Entwürfe die gesamten politischen Fragen zur Diskussion gestellt hätte.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei verlangte die Behandlung der Gesetzesvorlage über die Aufhebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag in der ersten Landtags-sitzung. Die Sozialdemokraten stellten dann ihrerseits die Forderung über eine politische Aussprache, wendeten sich aber dagegen, daß die Vorlage über den 9. November behandelt werde.

Diese Haltung der Sozialdemokraten kennzeichnet schon recht ihre feige und erbärmliche Haltung, die sie bei der Auseinandersetzung über die Vorlage einnehmen werden.

Wir Kommunisten haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir den 9. November nicht als einen Feiertag der proletarischen Revolution ansehen. Die proletarische Revolution ist in Deutschland noch nicht erreicht. Nur in einem Lande ist die proletarische Revolution: in der Union der sozialistischen Comintern. Ihr Geburtstag und ihr Feiertag ist der 7. November. An diesem Tage leiert das revolutionäre Proletariat die hegreiche russische Revolution. Der 9. November ist verbunden mit der Berrats- und Schandpolitik der sozialdemokratischen Führerschaft, ist verbunden mit den Missetaten des Sozialdemokraten Kasse gegen das revolutionäre Proletariat, mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Sozialdemokraten aber erklärten den Arbeitern handig, daß der 9. November die Geburtsstunde eines Staates sei, in dem die Proletarier eine führende und ausschlaggebende Rolle erreicht haben. Sie legten besonderen Wert darauf, den 9. November als Feiertag zu behalten. Aber so, wie die gesamte Politik der Sozialdemokraten aus ununterbrochenen Kapitulationen vor den reaktionären Vorstößen des Bürgertums, aus brutalem Vorgehen und Berrats am Proletariat besteht, so sind sie auch jetzt bereit, vor dem Vorstoß der sächsischen Bourgeoisie zu kapitulieren. Die sächsische Bourgeoisie kämpft gegen den 9. November vor, um damit eine weitere Erklärung der Reaktion zu dokumentieren. Die feige, erbärmliche, sozialdemokratische Führerschaft mag es nicht, die Arbeiterschaft um Kampf gegen diesen reaktionären Angriff mobil zu machen.

Die kommunistische Partei wird, ohne sich mit dem Ergebnis des 9. November zu solidarisieren, den Angriff der Bourgeoisie mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie fordert die Arbeiter auf, in den Betrieben zu diesem Vorstoß Stellung zu nehmen und ihn als das zu erkennen, was er tatsächlich ist. Die sozialdemokratische Führerschaft bemüht sich, die sozialdemokratische Partei möglichst lange hinauszuhalten. Sie weiß, daß sie von der Volkspartei durch diese Vorlage unter Druck gesetzt wird, und sie möchte die Entscheidung so weit wie möglich verzögern.

Trotz der Forderung, diese Vorlage zu behandeln, ist im Grunde genommen auch das Bürgertum bereit, die Verhandlungen bis nach den Gemeinderatswahlen zu verschieben. Auch die Kapitalisten in Sachsen wissen, daß sie mit diesen „linken“ Sozialdemokraten gemeinsam den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat führen werden. Sie wollen den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, die Verbindung mit den Kapitalisten auch in Sachsen offiziell festzuhalten.

Im Vorstand des Landtages einigte man sich deswegen auch nach einigen Diskussionen darüber, daß am 22. Oktober im Be-